Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64. Dienstag, den 16. März 1920. 27. Jahrg.

Foch droht mit Einmarsch in Deutschland.

Die Reichsregierung lehnt Verhandlungen mit den Rebellen ab. — Hamburg-Altona in der Hand der verfassungtreuen Truppen. — 700 Baltikumer entwaffnet.

An Lübecks Bevölkerung.

In der Versammlung der Bürgerschaft am 13. März hat der Senat seinen Standpunkt dahin kundgegeben, daß er es für seine Pflicht gegenüber dem Reiche und der Vaterstadt ansehe, die verfassungsmäßige Reichsregierung zu stützen. Die von dieser inzwischen in Berlin eingeleiteten Verhandlungen berechtigen zu der Hoffnung, daß das Vaterland vor den schwersten Erschütterungen bewahrt werden wird. Für Lübeck bleibt es die vornehmste Aufgabe des Senates, für Ruhe, Ordnung und Einigkeit einzutreten. Wir rufen die Bevölkerung dazu auf, uns in der Verfolgung dieses Zieles mit Nachdruck zu unterstützen. Jedermann wisse: Lübecks Verfassung ist nicht bedroht. Dafür bieten die von militärischer Seite gegebenen Erklärungen uns volle Gewähr. Keine Leichtgläubigkeit gegenüber irreführenden Gerüchten. Gemeinsam sei unser aller Streben, durch Besonnenheit und Einigkeit die schwierige Lage zu meistern.

Lübeck, den 15. März 1920.

Der Senat.
Bürgermeister Dr. Fehling.

Foch stellt ein Ultimatum.

Hamburg, 15. März, nachmittags 4 Uhr. Die Reichszentralen für Heimatdienst in Dresden und Magdeburg melden amtlich übereinstimmend:

Marschall Foch ließ heute der Regierung Kapp im Namen und als Oberbefehlshaber der Alliierten folgendes Ultimatum übermitteln:

„Die Regierung Kapp hat binnen 6 Stunden die Regierungsgewalt niederzulegen. Die an der Erhebung schuldigen Offiziere sind an die Alliierten zur Bestrafung auszuliefern. Im Weigerungsfalle findet der Einmarsch der bereitstehenden Ententetruppen in Deutschland statt.“

Wie steht es?

Der Pressechef der Rebellen Kapp und Lüttwitz, der antisemitische Rechtsanwalt Bredereck, speist die bürgerliche Presse mit allerlei Nachrichten, die von dieser gutgläubig nachgebetet werden, selbstverständlich aber nur dazu beitragen, die Verwirrung zu steigern. So posaunte man Montag nachmittag die Nachricht hinaus, daß die Regierung Ebert-Bauer General Märker in Dresden beauftragt habe, Verhandlungen mit der „neuen Regierung“ anzubahnen. Gelogen wie gedruckt. Es gibt keine „neue Regierung“, also kann man auch nicht in Verhandlungen mit ihr eintreten. Seit dem Berliner Militärputsch sind nunmehr drei Tage vergangen, aber den Kapp und Lüttwitz, die sich an die Spitze der Rebellen gestellt haben, ist es bis heute noch nicht gelungen, die Politiker ausfindig zu machen, die irgend welche Neigung verspüren, mit ihnen eine Rebellenregierung zu bilden. Sonnabend wurde eine Art Ministerliste verbreitet, seitdem ist es stille über den Wassern geworden. Aber das dreiblättrige Kleeblatt Kapp-Lüttwitz-Bredereck treibt den Schwindel auf die Spitze. Es besitzt die Frechheit, durch das ihm dienstbare „W. T.-B.“ folgende Nachricht an die Presse hinaus zu geben: „Die Reichsregierung gibt bekannt: Mit der früheren Regierung Ebert-Noske ist auf ihren Wunsch in Verhandlungen getreten worden. Es wird ein Kabinett auf allgemeiner Grundlage aus Fachministern gebildet unter Zuziehung der Staatsminister der alten Regierung. Es finden binnen 2 Monaten Neuwahlen zum Reichstag und zur Preußischen Landesversammlung statt. Im Anschluß hieran findet auch die Neuwahl eines Reichspräsidenten durch das Volk statt. Der bisherige Präsident wird gebeten, bis zur erfolgten Neuwahl die Präsidentschaft weiter zu bekleiden. Dem Reich wird durch Ausbau des Reichswirtschaftsrats und der Betriebsräte eine zweite Kammer der Arbeit gegeben. Die neue und alte Regierung erlassen gemeinsam eine Erklärung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Generalstreik ein Verbrechen am deutschen Volke ist. Bis zur Entscheidung über diese Vorschläge hat der Reichskanzler von der Bildung eines neuen Ministeriums abgesehen und den dienstältesten Unterstaatssekretär mit der Führung der Geschäfte beauftragt.“

Die Meldung ist

von A bis Z ein großer Schwindel.

Die rechtmäßige Reichsregierung denkt gar nicht daran, wie aus der Stuttgarter Meldung hervorgeht, mit den Rebellen zu verhandeln, noch irgendwie in ein Kompromiß sich mit ihnen einzulassen. Für die Regierung Ebert-Bauer liegt auch gar keine Veranlassung dazu vor. Denn außer Kiel, das sich in den Händen von Militaristen befindet, die sich den Rebellen in Berlin angeschlossen haben, und einigen agrarischen Bezirken denkt niemand daran, sich vor den Wagen der Berliner Rebellen spannen zu lassen. Erfreulich ist der völlige Umschwung der Verhältnisse in Hamburg-Altona. Hier ist es dem tatkräftigen Vorgehen der Arbeiterschaft gelungen, den Freiherrn v. Wangenheim, der die Fahne der Rebellion aufgepflanzt hatte, wieder zum Teufel zu jagen. Unstet und flüchtig irrt er durch das Land. Ein besonderes Verdienst haben sich die Hamburger Arbeiter noch dadurch erworben, daß es ihnen gelungen ist, mehrere hundert Baltikumer unschädlich zu machen. Hoffentlich ist es bald möglich, das Land von dieser Landplage, diesem militärischen Ungeziefer, völlig frei zu machen.

Besonders verzweifelt gestaltet sich die Lage der Kapp und Lüttwitz durch

Fochs Ultimatum.

Es war zu erwarten, daß die Entente die Rebellion der Lüttwitze nicht ungenützt vorübergehen lassen würde. Auf dem Umwege über Halberstadt ist uns heute vormittag telephonisch noch ausdrücklich versichert worden, daß es sich bei der Nachricht um keinen Bluff handele. Die Entschließung Kapps auf das Fochsche Ultimatum liegt uns bisher noch nicht vor. Je eher die Rebellen in Berlin von der Bildfläche wieder verschwinden, um so besser ist es für unser Volk und Land.

Mit Rebellen wird nicht verhandelt.

Stuttgart, 15. März. (Amtlich.) Die Putschregierung von Berlin versucht allenthalben in Deutschland den Glauben zu erwecken, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung mit ihr in Unterhandlungen stehe und der General Märker als Unterhändler bestimmt worden sei. Das ist unwahr. Die verfassungsmäßige Reichsregierung lehnt jedes Verhandeln mit den Putschisten in Berlin ab, weil sie vor dem Volke die Verfassung zu verantworten hat und der Ueberzeugung ist, daß jedes Verhandeln Mißtrauen und Verwirrung im Volke auslösen wird. Das Unternehmen fällt in sich zusammen. Verhandlungen würden die Unordnung nur verlängern. Deutschland hat nur eine Regierung: das ist die vom Volk verfassungsmäßig gebildete, die zurzeit von Stuttgart aus die Geschäfte des Reiches führt.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Montag nachmittag traf die Reichsregierung, an der Spitze Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Bauer, mittels Sonderzug von Dresden kommend, auf dem Hauptbahnhof in Stuttgart ein. Zum Empfang waren der württembergische Staatspräsident, der Minister des Innern, Dr. Bell, und eine Reihe von Parlamentariern erschienen. Die Mitglieder der Regierung haben im „Hotel Marquardt“ Wohnung genommen.

Das Reichskabinett ist alsbald in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert, des Reichskanzlers Bauers, des Präsidenten und ersten Vizepräsidenten der Nationalversammlung und unter Beteiligung der württembergischen Staatsregierung zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestand volle Uebereinstimmung darüber, daß die Nationalversammlung am Mittwoch nachmittag 4 Uhr im Kunstgebäude in Stuttgart zusammentreten soll. **Mit den Staatsstreichlern in Berlin werden keinerlei Verhandlungen gepflogen.** Die Regierung fordert den **bedingungslosen Abtritt von Kapp und Genossen.**

Hindenburg sucht zu vermitteln.

Aus Berlin wird berichtet:

Hindenburg hat an Kapp ein Telegramm gerichtet, in dem er dringend ersucht, die Truppen aus Berlin zurückzuziehen und den verfassungsmäßigen Zustand wieder herzustellen. Gleichzeitig hat Hindenburg sich an den Präsidenten Ebert gewandt, ihm Mitteilung von diesem Telegramm gemacht und ihn gebeten, der Frage der Neuwahl zur National-Versammlung näherzutreten.

Die gegenwärtige Machtlage.

Ultimatum der Eisenbahner auf Rücktritt der Regierung Kapp.

Aus Berlin wird uns vom 14. März abends 7 Uhr geschrieben:

Ueber die gegenwärtige Lage der Regierung Bauer und der Regierung Kapp erfahren die „P. P. N.“: Sämtliche süddeutschen Regierungen und Militärkontingente, also Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, ferner Thüringen und Sachsen sowie Hamburg, Bremen und Oldenburg, haben sich geschlossen auf die Seite der Nationalversammlung und der Regierung Ebert-Bauer gestellt. Reichspräsident Ebert hat eine neue Verfügung erlassen, wonach allen Beamten verboten ist, der neuen Regierung Dienste zu leisten. Wer diesem Befehle zuwiderhandle, werde dafür zur strengsten Verantwortung gezogen werden. Ebenso sei es verboten, an die neue Regierung irgendwelche Gelder auszuzahlen. Der Beamte, der gegen diesen Befehl verstieße, würde dafür persönlich haftbar gemacht werden. Der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Schröder, der gegenwärtig die Geschäfte führt, hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, an die neue Regierung irgendwelche Zahlungen nicht leisten zu können.

Die Unterstaatssekretäre sämtlicher Reichsministerien traten Sonntag mittag zu einer Sitzung zusammen und faßten folgenden Beschluß, der, von sämtlichen Unterstaatssekretären persönlich unterschrieben, den Herren Kapp und von Lüttwitz nachmittags überreicht wurde:

Die Unterstaatssekretäre der Reichsministerien führen die Geschäfte im Namen der Regierung Bauer weiter und lehnen es ab, irgendwelche Befehle von der Regierung Kapp entgegenzunehmen. Sie betrachten allein die durch die Nationalversammlung bestimmte Regierung als maßgebend und können nur in deren Auftrag tätig werden. Nur die von der Nationalversammlung eingesetzte Regierung ist rechtmäßig und als solche anzuerkennen. In diesem Sinne werden die Unterstaatssekretäre die gesamte Beamtenschaft anweisen.

Der preußische Eisenbahnminister Oeser und der Finanzminister Dr. Südekum teilten heute vormittag den Herren Kapp und von Lüttwitz mit, daß sie als Minister die Aufforderung zur Stillegung sämtlicher Eisenbahnen erlassen würden, wenn nicht die Baltikumtruppen aus Berlin zurückgezogen und die Macht in die Hände ihrer rechtmäßigen Inhaber zurückgegeben würde. Auf Wunsch des Generallandschaftsdirektors Kapp wurde die Frist des Ultimatums bis zum Abend verlängert.

Der Präsident der Preußischen Landesversammlung Leinert hat an alle Abgeordnete des Hauses ein Rundschreiben gerichtet, in dem er die Auflösung der Landesversammlung durch die Regierung Kapp für null und nichtig erklärt. Die verfassunggebende Landesversammlung sei souverän und könne von niemandem aufgelöst werden. Sie allein bestimme über Dauer und Inhalt ihrer Arbeiten und sei nur dem Volke verantwortlich. Sie sei daher nicht aufgelöst und die Abgeordneten seien weiter im Besitz ihrer Mandate. Die Einberufung der nächsten Sitzung behält der Präsident sich vor.

Der Polizeipräsident Eugen Ernst war auf Ersuchen der neuen Berliner Machthaber einstweilen im Amte geblieben, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Wie die „P. P. N.“ hören, wird er, nachdem die Regierung Kapp von ihm Maßnahmen verlangt, die er nicht glaubt vor seinem Gewissen verantworten zu können, sein Amt ungesäumt niederlegen.

Erklärung des Preußischen Staatsministeriums.

Die Preußische Staatsregierung hat bereits am 13. März vormittags die nachstehende Erklärung beschlossen und sie, sobald es ihr ermöglicht wurde, dem Staatsministerium und dem Chef der Reichskanzlei übermittelt:

„Die Mitglieder der Preußischen Regierung sind in ihr Amt berufen durch den Willen der Volksvertretung auf Grund der vorläufigen Verfassung: Nur durch Beschluß der Landesversammlung können sie von ihren Pflichten entbunden werden. Solange ein solcher Beschluß nicht vorliegt, sind sie die gesetzliche Regierung Preußens, auch wenn sie durch militärische Gewaltakte an der Ausübung des Amtes verhindert werden."

Berlin, 13. März 1920.

Hirsch, Heine, zugleich für den verhinderten Dr. Südekum, Fischbeck, Stegerwald, Haenisch, Oeser.

Die Mitglieder der Preußischen Regierung sind bisher durch die Militärdiktatur verhindert worden, sich mit dem Volke in Verbindung zu setzen. Die Minister befinden sich in Berlin.

Ein Aufruf des Republikanischen Führerbundes.

Der Republikanische Führerbund hat folgenden Aufruf herausgegeben:

„Soldaten, Sicherheitsbeamte!

Man betrügt Euch. Das ganze Volk steht einmütig gegen den brutalen Putsch einer kleinen Offiziersgruppe, die in Deutschland Säbelherrschaft und weißen Schrecken einführen will.

Vergewaltigt nicht den Willen des Volkes, denkt an die Folgen!

Der Putsch führt zum völligen Chaos und Ruin unserer sich gerade wieder aufrichtenden Volkswirtschaft!

Haltet den Eid, den Ihr geleistet habt, macht Euch nicht zum Werkzeug der Zerstörer Deutschlands!"

Sieg der verfassungtreuen Truppen in Hamburg-Altona.

Hamburg, 15. März (10,15 abends). Baltikumtruppen in Stärke von 700 Mann sind von uns gefangen genommen worden. Die Bewaffnung der Arbeiter schreitet fort. Bis jetzt stehen 5000 Arbeiter unter Waffen. Die empörte Volksmenge hat den Hauptmann und Befehlshaber der Baltikumtruppen in Stücke gerissen.

Hamburg, 15. März (11,03 abends). Die „Bahrenfelder" räumen die Altonaer Kasernen. Baltikumtruppen in Harburg sind gefangen gesetzt. — Der Generalstreik ist, als nicht mehr erforderlich, aufgehoben worden. Der Eisenbahnerstreik in Deutschland geht auf Anordnung weiter.

Hamburg, 16. März (morgens 1,12). Die Arbeiter machen in Altona Fortschritte.

Hamburg, 16. März, 3 Uhr morg. Seit 1 Uhr ist Altona von verfassungstreuen Truppen besetzt. Das 2. Bataillon der Reichswehr und die Truppenkommandos gingen nach Absetzung der Offiziere zu der alten Regierung über. Bereits um 10 Uhr war der Kommandeur der Hamburger Sicherheitswehr, Lampl, mit einer Lokomotive in Altona angekommen. Das Kommando des Hauptbahnhofes ging darauf zur alten Regierung über. Die Offiziere sind mit einer Anzahl Zeitfreiwilliger nach Hamburg in Schutzhaft überführt worden. Generalkommando, Bahnhof und Rathaus sind genommen und fest in unserer Hand.

Wie viele Tote und Verwundete der Handstreich gekostet hat, ist bei Abgang der Meldung noch nicht zu übersehen. Es hat jedoch den Anschein, daß ihre Zahl äußerst gering ist. Major Danner von der Sicherheitspolizei und Lampl, Kommandant der Sicherheitswehr aus Hamburg, haben ihr Befehlskommando im General-Kommando in Altona aufgeschlagen. Freiherr von Wangenheim und sein Stab sind geflohen; wohin ist unbekannt. Die Sperrung der Straßen ist angeordnet.

Ueber die Entwaffnung von Baltikumtruppen bei Harburg wird durch das „W. T.-B." gemeldet: Montag vormittag sind in Harburg **Baltikumtruppen auf dem Marsche nach Hamburg** eingetroffen. Sie wurden in Harburg **von der Einwohnerwehr und den verfassungstreuen Reichswehrtruppen angehalten.** Es entspann sich ein **kurzes Gefecht,** in dessen Verlauf sich die Baltikumtruppen in das Gebäude der Mittelschule zurückzogen und verschanzten. Schließlich wurden Verhandlungen eingeleitet, die ergaben, daß die Baltikumtruppen sich ergeben und **gegen Abgabe der Waffen freien Abzug** erhalten sollten. Bei der Erledigung dieser Formalitäten kam es bei scharfen Meinungsäußerungen zwischen der aufgeregten Bevölkerung und der Einwohnerwehr einerseits und den Baltikumtruppen andererseits zu neuem Blutvergießen, bei dem der Führer der Baltikumtruppen, Hauptmann Berchthold, getötet wurde. Insgesamt sind etwa 30 Tote und Verwundete, darunter einige Frauen und Kinder, zu verzeichnen. Die entwaffneten Baltikumtruppen sind nach Hamburg abtransportiert worden.

In einer gemeinsamen Sitzung der Demokraten, der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen wurde die Aufhebung des Generalstreiks beschlossen und mit der Durchführung das Gewerkschaftskartell beauftragt. Dem Beschluß haben sich der deutsche Beamtenbund, die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten und die Vereinigung der Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) angeschlossen.

Hamburg bietet Hilfe an.

Hamburg und Altona befinden sich fest in den Händen der Arbeiterschaft. Die Hamburger erbieten sich, falls es erforderlich sein sollte, Truppen und Maschinengewehrzüge aus Hamburg sofort nach Lübeck zu entsenden. Wir danken den Hamburgern für die zugesagte Hilfe und werden davon Gebrauch machen, sofern es sich als notwendig erweisen sollte.

Kiel in den Händen der Militaristen.

Der Kampf um die Reichswerft.

Sobald am Sonnabend die Kunde von dem Militärputsch in Berlin nach Kiel gelangt war, besetzte die Arbeiterschaft die Reichswerft und versah sich mit Waffen, Gewehren und Maschinengewehren. In völliger Verkennung der Sachlage stellte sich der traurige Rest der ehemaligen Marine jedoch hinter die Rebellenregierung in Berlin und griff gegen 5 Uhr nachmittags die Werft zu Wasser und zu Lande an. Gegen die Einfahrt zum Werfthafen und beim großen Dock gingen die Torpedoboote „116" und „132" sowie das Minensuchboot „V. 5" vor, während das Bataillon Clasen der Brigade Löwenfeldt auf dem Lande angriff. Es kam zu einem leichten Feuergefecht, namentlich auf dem Wasser, wobei auf beiden Seiten Verluste eintraten. Die Fregattenkapitäne Mönch und Stegemann sind bei dem Kampf gefallen. Die verfassungstreuen Arbeiter hatten sieben Tote. — Um 7 Uhr waren die Werft und das Munitionsdepot in den Händen der volksverräterischen Marine. Als Militärbefehlshaber des Gouvernementsbereichs Kiel installierte sich der Kapitän von Levetzow, der sofort die Presse unter strengste Zensur stellte. Wie töpelhaft der Zensor wütet, mag man daran ermessen, daß nicht einmal ein harmloser Aufruf der Deutschen demokratischen Partei Gnade vor seinen Augen fand. Auch sonst wütete er in den Spalten der Kieler Zeitungen wie ein Elefant im Porzellanladen. Das Sonntag-Morgenblatt der linksliberalen „Kieler Zeitung" strotzte von weißen Flecken. Unser Genosse Garbe, der von der Arbeiterschaft als Gouverneur eingesetzt worden war, wurde von den Militaristen in Schutzhaft genommen, ebenso Professor Radbruch, der der Mehrheitssozialdemokratie angehört. Der Oberpräsident Genosse Kürbis folgte ihnen am Sonntag vormittag. Als Oberpräsidenten setzten die Militaristen den Oberbürgermeister Lindemann ein. Das Amt als Polizeipräsident übertrug die aufsässige Soldateska dem früheren Landrat v. Löw, nachdem man unseren Genossen Poller abgesetzt hatte. Die Gärung in Kiel ist stark, doch war es bis Montag nachmittag zu weiteren Kämpfen nicht gekommen. Auf einen Hilferuf des Rebellen v. Wangenheim in Hamburg-Altona setzte die Marine ein Torpedoboot in Fahrt, das sich durch den Nordostseekanal schleunigst nach Altona begeben sollte. Das Torpedoboot kam jedoch nur bis Brunsbüttelkoogschleuse; dort wurde es von unseren Genossen angehalten.

Die Eutiner Zeitfreiwilligen entwaffnet!

Eutin, 15. März.

Sozialdemokraten und Demokraten haben das hiesige Zeitfreiwilligenkorps entwaffnet und die Gebäude besetzt. Die Waffen sind in unseren Händen.

Die Lübecker Berufssoldaten für die Regierung Ebert-Bauer.

Der Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten, Ortsgruppe Lübeck, dem sämtliche aktiven und inaktiven Unteroffiziere des alten Heeres, der Reichswehr und der größte Teil der Beamten der Sicherheitspolizei angehören, sowie alle bei der Heeresabwickelung beschäftigten Zivilangestellten nahmen heute folgende Entschließung an:

Um allen umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, bringen wir hiermit folgenden einstimmigen Beschluß zur Kenntnis:

Wir stehen nach wie vor

geschlossen auf dem Boden der Regierung Ebert-Bauer,

der wir das Versprechen gegeben haben, mit Gut und Blut für sie einzutreten. Dieses Gelöbnis ist uns bis jetzt nicht abgenommen und wir lehnen es aus diesem Grunde ab, zu Verrätern zu werden. Zu Gewaltstreichen lassen wir uns auf keinen Fall mißbrauchen. Die von der organisierten Arbeiterschaft Lübecks gefaßten Beschlüsse in Bezug auf die augenblickliche Lage finden auch unsere Zustimmung.

Ein eintägiger Proteststreik in Dresden.

Dresden, 15. März. (W.T.-B.) Der gestern abend angesagte eintägige Generalstreik als Protest gegen die Berliner Vorgänge wird heute vollständig durchgeführt. Die Banken, Schulen und viele Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenbahn-, Post- und Eisenbahnverkehr ruht. Nur Lebensmittel- und Kohlenzüge werden gefahren. Die Zeitungen erscheinen nicht. Zu Zwischenfällen kam es bisher nicht.

Streik der Gemeindebeamten in Kassel.

Kassel, 15. März. (W.T.-B.) Der Gesamtvorstand der Gemeindebeamten des Stadt- und Landkreises Kassel hat einstimmig den Beschluß gefaßt, am 15. März, 1 Uhr mittags, bis auf weiteres die Arbeit als Protest gegen die neue Regierung einzustellen.

Ein gemeinwirtschaftliches Programm für Italien.

In dem Zentralorgan der italienischen Genossenschaften tritt der alte Parteigenosse Antonio Vergnanini für die Notwendigkeit ein, daß die Sozialisten allein oder mit anderen die Verantwortlichkeit für die Regierung übernehmen. Verganini führt aus, daß die heutige wirtschaftliche Notlage Italiens unfehlbar zur Verschärfung und zur Krise dränge, wenn nicht die durchgreifendsten Maßnahmen durchgeführt werden. Der Verfasser schätzt den Zuwachs an Konsumfähigkeit, den das italienische Proletariat in den fünf Jahren erfahren hat, auf sechzig Milliarden, nämlich von fünfzehn auf fünfundsiebzig Milliarden, für welche Rechnung er allerdings dem Leser die Unterlagen vorenthält. Dabei ist die Produktion gesunken. Wollte man unter den heutigen Verhältnissen zur Handelsfreiheit zurückkehren, so triebe man geradewegs zum Untergang. Es müssen neue und weitgehende Beschränkungen durchgeführt werden. Jeder Luxuskonsum ist einzuschränken. Die Produktion von Luxusartikeln im Inland muß kontrolliert, ihre Erzeugnisse zum Teil für den Export verwendet werden. Der Außenhandel ist nach den Ländern mit entwerteter Valuta zu richten. Gold, das in Form von Schmuck in den reichen Häusern aufgehäuft ist, muß beschlagnahmt oder doch wenigstens gegen Bezahlung requiriert werden. Jede Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse muß in einer Weise erfolgen, die den italienischen Kredit im Ausland nicht erschüttert und die Produktion nicht hemmt. Unter diesen Umständen müsse die Partei den Mut haben, ihre geschichtliche Mission zu übernehmen. Jede Stunde bringt eine Verschlimmerung der ohnehin entsetzlichen Lage. Zu der traurigen Erbschaft, die die sozialistische Partei von dem Bürgertum übernehmen muß, fügt jede Stunde neue Not hinzu. Welche Lösung man der Lage auch geben wolle, sie muß gleich, muß sofort erfolgen. Morgen, wenn der Hunger und die Verzweiflung herrschen, wird jedes Licht des Ideals verloschen sein. **Die Verzweiflung wird in einem einzigen Aufflammen den ganzen Bau mühseliger proletarischer Eroberungen vernichtet haben** und über der allgemeinen Erschlaffung und Selbstaufgabe wird das trübe Licht der Reaktion scheinen. Maximalisten, Zentralisten oder Reformisten: alle müssen sie einsehen, daß es nicht würdig und nicht ehrlich ist, Proteste gegen die Bourgeoisie zu schleudern, ihre Unfähigkeit und Schlaffheit zu verdammen, **um untätig dem tragischen Schauspiel dieses ungeheuren Zusammenbruchs zuzuschauen,** der mit der Bourgeoisie das Proletariat unter seinen Trümmern begraben und mit ihm vielleicht auf lange Zeit jedes Bewußtsein proletarischen Wertes und proletarischen Rechtes verschütten wird.

Vergnanini ist ein langjähriger Leiter italienischer Genossenschaften, der sich seine düstere Auffassung der heutigen Wirtschaftslage sicher nicht am grünen Tisch geholt hat.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Dienstag, 16. März.

Achtung, Parteigenossen! Heute abend 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, in der über das brennende Thema „Der Staatsstreich der Reaktion" statt. Weiter steht die diesjährige Maifeier auf der Tagesordnung. Auf diese Versammlung seien besonders die auf dem Boden der alten Sozialdemokratie stehenden Arbeiterausschußmitglieder der Betriebe und Betriebsräte hingewiesen. Parteigenossinnen und Parteigenossen erscheint zahlreich und rechtzeitig. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zum Sozialdemokratischen Verein!

Die Post- und Telegraphenbeamten in Lübeck

haben, wie wir hören, beschlossen, einmütig für die Regierung Ebert-Bauer einzutreten. Falls die Aufrührer die Oberhand gewinnen sollten, würden die Beamten ihre Tätigkeit einstellen. — Ein lobenswerter Beschluß.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

Schluß.

Als ich drüben eingetreten und mich an die Arbeit setzen wollte, zeigte es sich, daß in dem kleinen Angesicht die Augenlider um ein weniges sich gehoben hatten. Da bückete ich mich hinab, im Wahne, ich möchte noch einmal meines Kindes Blick gewinnen; als aber die kalten Augensterne vor mir lagen, überlief mich Grausen; mir war, als sähe ich die Augen jener Ahne des Geschlechtes, als wollten sie noch hier aus unseres Kindes Leichenantlitz künden: „Mein Fluch hat doch euch beide eingeholet!" — Aber zugleich — ich hätte es um alle Welt nicht lassen können — umfing ich mit beiden Armen den kleinen blassen Leichnam und hob ihn auf an meine Brust und herzete unter bitteren Tränen zum ersten Male mein geliebtes Kind. „Nein, nein, mein armer Knabe, deine Seele, die gar den finsteren Mann zur Liebe zwang, die blickte nicht aus solchen Augen; was hier herausschaut, ist allein noch der Tod. Nicht aus der Tiefe schreckbarer Vergangenheit ist es herangeklommen; nichts anderes ist da als deines Vaters Schuld; sie hat uns alle in die schwarze Flut hinabgerissen."

Sorglom legte ich dann wieder mein Kind in seine Kissen und drückte ihm sanft die beiden Augen zu. Dann tauchete ich meinen Pinsel in ein dunkles Rot und schrieb unten in den Schatten des Bildes die Buchstaben: C. P. A. S. Das sollte heißen: Culpa Patris Aquis Submersus, „Durch Vaters Schuld in der Flut ertrunken." — Und mit dem Schalle dieser Worte in meinem Ohre, die wie ein schneidend Schwert durch meine Seele fuhren, malete ich das Bild zu Ende.

Während meiner Arbeit hatte wiederum die Stille im Hause fortgedauert, nur in der letzten Stunde war abermalen durch die Tür, hinter welcher ich eine Schlafkammer vermutet hatte, ein leises Geräusch hereingedrungen. War Katharina dort, um ungesehen bei meinem schweren Werk mir nahe zu sein? Ich konnte es nicht enträtseln.

Es war schon spät. Mein Bild war fertig, und ich wollte mich zum Gehen wenden; aber mir war, als müsse ich noch einen Abschied nehmen, ohne den ich nicht von hinnen könne. — So stand ich zögernd und schaute durch das Fenster auf die öden Felder draußen, wo schon die Dämmerung begunnte sich zu breiten; da öffnete sich vom Flur her die Tür, und der Prediger trat zu mir herein.

Er grüßte schweigend; dann mit gefalteten Händen blieb er stehen und betrachtete wechselnd das Antlitz auf dem Bilde und das des kleinen Leichnams vor ihm, als ob er sorgsame Vergleichung halte. Als aber seine Augen auf die Lilie in der gemalten Hand des Kindes fielen, hub er wie im Schmerze seine beiden Hände auf, und ich sahe, wie seinen Augen jählings ein reicher Tränenquell entstürzete.

Da streckte auch ich meine Arme nach dem Toten und rief überlaut: „Leb' wohl, mein Kind! O mein Johannes, lebe wohl!"

Doch in demselben Augenblicke vernahm ich leise Schritte in der Nebenkammer; es tastete wie mit kleinen Händen an der Tür; ich hörte deutlich meinen Namen rufen — aber war es der des toten Kindes? — Dann rauschte es wie von Frauenkleidern hinter der Türe nieder, und das Geräusch vom Falle eines Körpers wurde hörbar.

„Katharina!" rief ich. Und schon war ich hinzugesprungen und rüttelte an der Klinke der festverschlossenen Tür; da legte die Hand des Pastors sich auf meinen Arm. „Das ist meines Amtes!" sagte er. „Gehet itzo! Aber gehet in Frieden; und möge Gott uns allen gnädig sein!"

Ich bin dann wirklich fortgegangen; ehe ich es selbst begriff, wanderte ich schon draußen auf der Heide auf dem Wege zur Stadt.

Noch einmal wandte ich mich um und schaute nach dem Dorfe zurück, das nur noch wie Schatten aus dem Abenddunkel ragte. Dort lag mein totes Kind — Katharina — alles, alles! — Meine alte Wunde brannte mir in meiner Brust; und seltsam, was ich niemals hier vernommen, ich wurde plötzlich mir bewußt, daß ich vom fernen Strand die Brandung tosen hörete. Kein Mensch begegnete mir, keines Vogels Ruf vernahm ich; aber aus dem dumpfen Brausen des Meeres tönete es mir immerfort, gleich einem finsteren Wiegenliede: Aquis submersus — aquis submersus!

* * *

Hier endete die Handschrift.

Dessen Herr Johannes sich einstens im Vollgefühle seiner Kraft vermessen, daß er's wohl auch einmal in seiner Kunst den Größeren gleichzutun verhoffe, das sollten Worte bleiben, in die leere Luft gesprochen.

Sein Name gehört nicht zu denen, die genannt werden, kaum dürfte er in einem Künstlerlexikon zu finden sein; ja selbst in seiner engeren Heimat weiß niemand von einem Maler seines Namens. Des großen Lazarusbildes tut zwar noch die Chronik unserer Stadt Erwähnung, das Bild selbst aber ist zu Anfang dieses Jahrhunderts nach dem Abbruch unserer alten Kirche gleich den anderen Kunstschätzen derselben verschleudert und verschwunden.

Aquis submersus.

Die Solidarität der Eisenbahner.

Eine imposante Versammlung der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Eisenbahner tagte am Montag abend in der Flora, um den Bericht der Streikleitung entgegenzunehmen und weitere Maßnahmen zu treffen. Der große Saal war gedrängt voll, die Verhandlungen wurden mit außerordentlicher Ruhe und Sachlichkeit geführt und zeugten von dem großen Verständnis der jungen Organisation für die gegenwärtige politische Lage. Die Eisenbahner der Lübeck-Büchener Bahn waren im Einverständnis mit ihrer Oberleitung am Montag in den Streik getreten. Um es vorweg zu nehmen: Sie hatten der Direktion erklärt, daß sie die Lebensmittelzüge befördern wollten, die Direktion hatte es aber abgelehnt, diese fahren zu lassen. Das muß ausdrücklich festgestellt werden, damit den Eisenbahnern nicht nachgesagt werden kann, sie hätten gegen die wichtigsten Lebensinteressen der Lübecker Bevölkerung verstoßen. Der 2. Vorsitzende, Timme, gab den Situationsbericht. Danach wurde den Eisenbahnern das Befördern von Militärzügen zugemutet, was sie verweigerten. Es konnte leider nicht verhindert werden, daß ein solcher Zug über Ratzeburg und Oldesloe abging, doch wurde er in Altrahlstedt festgehalten. Züge von Mecklenburg kamen ebenfalls an, aber dies ist auf Unkenntnis der Mecklenburger Kollegen zurückzuführen, die erklärten, sie würden mit den Lübecker Kollegen solidarisch handeln. Auf dem Bahnhof hatte sich viel Reisepublikum eingefunden, dem zum Teil entgegen der Anordnung der Streikleitung Fahrkarten ausgehändigt wurde. Als Ausreißer tat sich der Beamte Kleinsorge hervor. Später wurde der Kartenverkauf wieder eingestellt. Interessant war, zu vernehmen, daß sich insbesondere viele Herren einfanden, denen man den Offizier anmerkte. Diese und ihre Helfershelfer mit und ohne Ausrüstung wollen an bestimmte Orte reisen, um sich zu Formationen zusammenzustellen und das Rebellentum zu verstärken. Gegenüber diesem aufsässigen Treiben war der **einstimmige Wille der Massenversammlung, die Regierung Ebert-Bauer mit allen Mitteln zu unterstützen,** von erhebendem Gefühl. Die Eisenbahner denken nicht daran, den Militaristen Schergendienste zu leisten, zu denen sich Ober- und höhere Beamte hergeben. Das **Treugelöbnis für die rechtmäßige Regierung** legte auch der **Vertreter der mecklenburgischen Beamten** ab.

Die Eisenbahner hatten am Montag der Direktion ihre Bedingungen, vorbehältlich der Genehmigung durch die Versammlung, vorgelegt. Danach soll vom heutigen Dienstag ab folgender Dienst aufgenommen werden. Der Betrieb im Rangierbahnhof wird aufrechterhalten, ferner wird gearbeitet in der Betriebswerkstatt, Eil- und Frachtgutschuppen, Schachtarbeiter, Hauptwerkstatt, Eilgut- und Güterzüge werden befördert, Personen- und Militärzüge werden nicht gefahren. Befördert wird der Zug nach Travemünde und Segeberg, weil es sich um Güter- (Milch) und Schülerzüge handelt. Die Schüler wurden auch am Montag befördert. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die Arbeit sofort niederzulegen, falls die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft versuchen sollte, durch willige höhere Beamte weitere Züge abzulassen. Während der Versammlung überbrachte ein Vorstandsmitglied des Verbandes noch die Mitteilung, daß sich die Direktion an den von der Streikleitung gefaßten Beschluß gebunden erachte. Mit dem Senat war ebenfalls verhandelt worden. Er sandte ein Schreiben, in dem er für die Aufrechterhaltung des Personenverkehrs in möglichst unbeschränktem Umfang eintrat.

Einstimmig trat die Versammlung für ihren Kollegen Timme ein, den die Direktion als Zerstörer des Betriebes bezeichnete. Gegen diese Aeußerung des Direktors Christensen legte die Versammlung schärfsten Protest ein. Die Versammelten verurteilten aufs entschiedenste das Verhalten der Mitglieder des Bundes, die ihnen in den Rücken gefallen sind, und gelobten wiederholt, fest zusammenzuhalten, sich durch nichts einschüchtern zu lassen und für die rechtmäßige Regierung Ebert-Bauer mit ganzer Kraft einzutreten.

Die Revolte der Rebellen,

die nach den neuesten Meldungen vor ihrem kläglichen Zusammenbruch steht, hält die Gemüter noch fortwährend in Bewegung. Wenn auch der Höhepunkt der Empörung vom Sonntag anscheinend überschritten ist, so zittert doch in allen Kreisen der Bevölkerung noch eine starke Erregung nach. Das ist durch die vielen falschen Meldungen der hiesigen bürgerlichen Presse erklärlich. Im Gegensatz zu diesen Lügennachrichten, die auch uns zugingen, haben wir die Lübecker Bevölkerung durch mehrfach ausgegebene Extrablätter wahrheitsgemäß über den wirklichen Stand der Dinge unterrichtet. Diese unsere Meldungen haben wesentlich zur Beruhigung beigetragen. Allmählich zieht daher im Straßenbild eine ruhigere Bewegung wieder ein.

Anders ist es in den Versammlungen, die im Gewerkschaftshause abgehalten wurden. Die Versammlung, die Montag abend dort tagte, war ebenso eine wilde Versammlung, wie die am Sonnabend. Sie waren von keiner Partei und von keiner Organisation ordnungsmäßig einberufen. Linksradikale Schreihälse forderten auf der Straße und in den Kinos zum Versammlungsbesuch auf. Zu der gestrigen Versammlung hatten die Radikalen in den Betrieben vorgearbeitet. Mit diesen auf solche Weise entstandenen **planlosen wilden Versammlungen hat unsere Partei nichts zu tun.** Derartige Versammlungen, in denen hauptsächlich radikale Phrasen gedroschen werden, bringen in die Massen noch mehr Erregung und Verwirrung. Die kommunistischen Redner denken gar nicht daran, die demokratische Republik und die Regierung Ebert-Bauer zu schützen oder zu verteidigen. Nein, ihr immer wieder erhobener Ruf nach Waffen gilt ganz anderen Zwecken. Die ganze Bewegung und alle Versammlungen versuchen sie nur für ihre konfusen Parteiansichten auszuschlachten. Das beweisen die Ausführungen der Kommunisten, die weniger gegen die Reaktion, als vielmehr gegen die sozialdemokratische Partei gerichtet sind. Wir werden nach wie vor fortgesetzt verleumdet und beschimpft. Redner unserer Partei, die ihren Standpunkt vertreten, versucht man nicht nur niederzubrüllen, sondern sie werden auch in der gemeinsten Weise angepöbelt. Dieses Vorgehen der Kommunisten mit ihrem radaulustigen Anhang muß jeden Parteigenossen und jeden ehrlich denkenden Menschen, dem das wahre Wohl des Volkes am Herzen liegt, anekeln. **Solchen Versammlungen können unsere Genossen nicht beiwohnen.**

Die Kommunisten, die in diesem Feuer ihr Eisen schmieden wollen, arbeiten der Reaktion in die Hände. Sie erklären ganz offen, daß es ihnen gleichgültig ist, ob Ludendorff oder Ebert regiert. Mit Leuten, die selbst in dieser schweren Zeit, wo das Proletariat einig sein sollte, einen solchen bornierten, den Verhältnissen hohnsprechenden Standpunkt einnehmen, können wir nichts gemein haben. In ihrem verblendeten Parteifanatismus bekämpfen sie nicht die Reaktion, sondern fördern sie. So notwendig, wie in dieser schweren Schicksalsstunde die Einigung des Proletariats ist: die Kommunisten lehnen sie ab, sie stellen sich abseits. Das wird die Lübecker Arbeiterschaft nie vergessen. Wer nicht mit der Arbeiterschaft geht, ist wider sie.

Hundeseelen.

Der Oberverbrecher Lettow-Vorbeck sandte uns Montag durch den hiesigen Garnisonältesten Major Klug nicht mehr als vier Verordnungen zu, die wir abdrucken sollten. Der Mensch bildete sich wirklich ein, wir würden vor ihm in die Knie sinken und uns selbst den Strick, der für ihn aufbewahrt ist, um den Hals legen. Die Zeiten, wo man die freie Meinungsäußerung unterdrücken und die ernsthaft politische Presse knebeln zu können glaubt, sind aber längst vorbei. Diese Garnisonstubenordnung gab uns in den für das deutsche Volk so tieftraurigen Stunden nur eine Minute Gelegenheit, über die größenwahnsinnige Anmaßung herzhaft zu lachen. Der Zwischenakt war längst vergessen, da bekommen wir die neueste Numer des volksverdummenden „General-Anzeigers" zu Gesicht und nehmen wahr, daß dieses Ersatzwurstpapier untertänigst vor dem Befehl des Afrikanerhäuptlings in die Knie gesunken ist. Der Mann ging also in dem Glauben nicht fehl, daß es auch in Deutschland noch schwarze Seelen gibt, die auf jeden Peitschenhieb noch wedeln. Wir nehmen auch an, daß der Generalanzeiger heute sofort einen Eilboten nach dem Garnisonkommando sandte, um das geforderte Pflichtexemplar abzuliefern. Trotzdem der General-Anzeiger wußte, daß der Senat den militärischen Befehl für null und nichtig erklärte, unterstützt er die Gegenrevolution durch den Abdruck militärischer Deliriumprodukte. Aber die Geschichte hat, wenn gegenrevolutionäre Unterstützung geleugnet werden sollte, das sie auf jeden Fall ist, noch einen anderen Haken. **Der Abdruck der Verordnung bringt Geld aus der Reichskasse.** Und Geld stinkt bei der Inseratenplantage nicht, es ist ihr Hauptzweck und nebenbei seift man die Dummen nach Text und Noten ein. Der Generalanzeiger hat dieselbe Wut gegen die Steuerpolitik der Regierung gezeigt wie die Lübeckischen Anzeigen, aber das hindert diese Sorte Presse nicht, **möglichst viel aus dem gemeinsamen Reichssäckel zu ziehen.** In diesem Fall fordern wir unbedingt, daß dem Generalanzeiger die Verordnungen nicht bezahlt werden. Mag er sich sein Geld von dem Rebellenführer holen, den er wissentlich zum Schaden des Volkes unterstützt hat. Jeder ernsthafte Politiker und insbesondere jeder Arbeiter muß sich dieses schäbige Verhalten des Generalanzeigers am 1. April merken und das Blatt aus dem Hause werfen.

Daß die „Lübeckischen Anzeigen" mitwedeln, ist selbstverständlich. Das schönste aber von allen ist: Lettow-Vorbeck verbietet in den Verordnungen **die Veröffentlichung aller Mitteilungen und Bekanntmachungen der ehemaligen Reichs- und Landesregierungen.** Um „allen Parteien gerecht zu werden," setzen sich die edlen Blätter in ihrer Unschuld aber leicht darüber hinweg. Die „Lübeckischen Anzeigen" klappen über Nacht wieder zusammen und beugen die Verordnung des lübschen Senats, deren Verbot sie 12 Stunden früher anerkannten. Der „General-Anzeiger" bringt, um keinen wehe zu tun, beides in derselben Nummer. — Wirklich, diese Menschen bringen es fertig, **allen Herren zu dienen!**

Den Lübeckischen Anzeigen

hat der angedrohte Generalstreik wohl die unruhigsten Stunden bereitet. Die sonderbaren Leutchen sind der Meinung, diese schärfste Waffe des arbeitenden Volkes gegen militaristische Uebergeschnapptheit dürfe niemals angewandt werden. Habe doch die Regierung Ebert-Bauer den Generalstreik als ein Verbrechen am Volke bezeichnet. Mit Verlaub, meine Herren! Die Erde hat sich seitdem doch ein paarmal gedreht und einen Haufen Verbrecher emporgeschüttelt, die in eitlem Wahne Volk und Volksrechte verderben wollen. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn Männer des Volkes für dessen Aufstieg eintreten. Würde das Volk dem Treiben seiner Verderber tatenlos zuschauen und sich das Fell über die Ohren ziehen lassen, dann würde es an sich selbst ein Verbrechen begehen. Die werktätige Bevölkerung kennt wohl die zweischneidige Waffe eines Generalstreiks. Es hat aber durch die Kriegshetzer und -verlängerer, die in den Lübeckischen Anzeigen willige Förderer fanden, schon so viel seelisch und materiell gelitten, daß es auch weitere Kümmernisse über sich ergehen läßt, wenn es gilt, ideelle Güter zu schützen. Leichtsinnig wird ein Generalstreik gewiß nicht inszeniert, dazu sind die Arbeiter viel zu einsichtig. Doch sind sie jederzeit bereit, **diese Waffe gegen militaristische Banditen anzuwenden.** Wo diese mit Gewalt Volksrechte mit Füßen tritt, ist der Generalstreik kein Verbrechen, sondern eine Notwendigkeit.

„Es sind schwere kritische Stunden, die wir durchleben. Mögen sie ohne zu schwere Erschütterungen vorübergehen, und bald eine starke, vom Willen des ganzen Volkes getragene Regierung die Zügel in die Hand nehmen" schreibt der Major Stavenhagen. Er braucht nicht davor zu bangen. Die vom Volkswillen getragene Regierung Ebert-Bauer ist so stark, daß es das alldeutsche Gelichter bald fühlen wird. Die Säbelraßler haben ausgespielt.

Die Lübeckischen Anzeigen wollen ihren paar Lesern weismachen, die sozialdemokratische Presse schüre die Unruhen. Das ist natürlich aus den Fingern gesogen. Wir machen das Volk nur über die eigentlichen Urheber der traurigen Zustände aufmerksam. Dabei fallen dicke Hobelspäne gegen unsere Widersacher, das können wir nicht ändern. Uns aber zu unterstellen, wir schürten die Unruhen, das bringt nur ein Blatt von der Wahrheitsliebe der Lübeckischen Anzeigen fertig.

Die Lübecker Drehscheibenpolitiker im Bilde.

Uns geht folgende Erklärung zu: Die Deutsche Volkspartei, die die gegenwärtige Verfassung mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft, hat sich in Betätigung aufrichtig demokratischer Gesinnung auf den Boden derselben gestellt und verurteilt jede gewaltsame Umgestaltung. Sie verlangt aber von der Regierung Bauer und den Parteien, die sie stützen, sich an ihre eigenen Grundsätze zu halten und ihr Verfassungswerk nicht dadurch zu erschüttern, daß sie dem Volk sein wichtigstes und höchstes Recht, die längst fällige Neuwahl zum Reichstage und die unmittelbare Wahl des Reichspräsidenten vorenthalten. Die deutsche Volkspartei Lübecks wird mit den anderen politischen Parteien Lübecks bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung unbedingt aufrecht erhalten werden.

Die Deutsche Volkspartei Lübecks.
gez. J. A. Lötsch.

Das sieht der Fraktion Drehscheibe ähnlich, dieses Gemisch von Zucker und Zwiebeln. Die aufrichtig demokratische Gesinnung besteht natürlich nur zur Salvierung der eigenen Sicherheit. An Ruhe und Ordnung knüpfen diese nationalliberalen Geister nur eigene leibliche Interessen, im übrigen gipfelt ihr Herzensgeheimnis in dem sehnlichen Wunsche, daß die alldeutsch-militaristischen Verbrecher siegreich sein möchten. Dieser Unterton der nationalmiserablen „Erklärung" kennzeichnet das ganze Geschreibsel.

•

Eine Schwindelmeldung. Unter den famosen Verordnungen des Soldatenhäuptlings Lettow-Vorbeck befindet sich auch die Angabe, Senator Mehrlein sei zum Zivilkommissar der „eingebildeten neuen Regierung" ernannt worden. Wir brauchen unsern Lesern wohl kaum besonders zu sagen, daß Genosse Mehrlein nicht im Traume daran denkt, der wildgewordenen Soldateska, die seinen ehrlichen Namen mißbraucht, Henkersdienste zu leisten.

Streik der Wäscherinnen und Plätterinnen.

Die Ortsverwaltung der Schneider gibt bekannt: Die hiesigen Wäscherinnen und Plätterinnen sind am 15. März in den Streik getreten, da der Verein der Wäschereibesitzer jegliche Verhandlungen ablehnte. Keine organisierte Arbeiterin darf dort Arbeit annehmen.

Ueber die Lohnbewegung der Buchdrucker wird uns vom Vorstand geschrieben: Nach dem die Gehilfen um 9 Uhr in den Ausstand getreten waren, kamen nachmittags Verhandlungen mit den bürgerlichen Arbeitgebern zustande. Das Verhandlungsergebnis war folgendes: „Die Gehilfen bekommen am nächsten Zahltag eine Zulage von wöchentlich 50 Mk. für Verheiratete, 45 Mk. für Unverheiratete. Von der infolge des Streiks versäumten Zeit ist die Hälfte nachzuholen, gegenseitige Maßregelungen finden nicht statt. Dieses Abkommen ist an eine beiderseits einzuhaltende Kündigungsfrist von 14 Tagen gebunden. Falls später zentrale Abmachungen erfolgen, ist diese Zulage anzurechnen; außerdem erkennt die Gehilfenschaft an, daß ihrerseits ein Tarifbruch vorliegt." Um 5 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Gehilfen verdanken diesen Erfolg der Geschlossenheit ihres Vorgehens.

Sonntagsruhe. Der Verband Lübeckischer Kleinhandelsfirmen macht im Inseratenteil auf die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe aufmerksam und warnt Kaufleute und Publikum vor Zuwiderhandlungen gegen die einschlägigen Bestimmungen.

Hansa-Theater. Da das Sensationsstück „Der Graf von Monte Christo" am Sonntag abend vor ausverkauftem Hause in Szene ging, hat sich die Direktion des Hansa-Theaters entschlossen, das Stück die ganze Woche zu geben. In Vorbereitung befindet sich der neueste Schlager des beliebten Schriftstellers Siegfr. V. Lutz „Der Abenteurer", eine Komödie in 4 Akten aus dem Wilden Westen.

Diebstähle. Aus einer Wirtschaft in der Marlesgrube sind am Sonnabend 15 Grammophonplatten im Werte von 400 Mk. gestohlen worden. — Mittelst Einbruchs sind aus einem Konfitürengeschäft in der Hüxstraße eine größere Menge Schokolade verschiedener Marken gestohlen worden.

Wegen Hehlerei festgenommen wurde ein in der Attendornstraße wohnhafter Handlungsgehilfe, derselbe hatte hier größere Mengen Pfeffer verkauft, den er von einem Angestellten einer hiesigen Drogenhandlung bekommen hatte. Der Festgenommene konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß der Pfeffer gestohlen sei. — Festgenommen wurde ferner ein Handlungsgehilfe aus Hamburg wegen Diebstahls einer Brieftasche mit einem größeren Geldbetrage.

Diebstähle. Montag sind aus dem Garderobenraum eines Bankgeschäftes in der Breiten Straße ein heller Haarhut mit schwarzem Band, ein schwarzer Winterpaletot mit Sammetkragen und ein schwarzes Jackett, in dem eine braune Banknotentasche steckte, gestohlen worden. In dem Jackett befand sich ein Reisepaß, lautend auf den Namen Ernst Westphal, geboren 13. 1. 01 in Harburg a. d. Elbe. — In der letztverflossenen Nacht ist der Firma Gebr. Goldhart in Siems mittelst Einbruchs aus der Kraftzentrale ein doppelt geleimter, neuer ungebrauchter Treibriemen von 9,2 Meter Länge, 30 Zentimeter Breite und 11 Millimeter Stärke im Werte von 10 000 Mk. gestohlen worden. Für die Ermittelung der Täter ist eine Belohnung von 500 Mk. und für die Wiederherbeischaffung des Treibriemens eine solche von 1000 Mk. ausgesetzt.

Festgenommen wurde ein in der Wakenitzstraße wohnhafter Arbeiter, wegen Diebstahls. Der Festgenommene, der in die Wohnung seines in der Depenau wohnhaften Freundes gegangen war, hatte dessen kurze Abwesenheit benutzt, aus der Wohnung ein Paar Stiefel zu stehlen, um sie zu verkaufen. Bei dem Versuch, die Stiefel an den Mann zu bringen, wurde der schlechte Freund angehalten und festgenommen.

Angrenzende Gebiete.

Grevesmühlen. Landarbeiterstreik. Soweit hier in Erfahrung gebracht werden konnte, streiken in ganz Mecklenburg die Landarbeiter als Kundgebung für die Regierung Ebert-Bauer.

Flensburg. Dänische Trauer. Das Blatt „Politiken" schreibt zur Abstimmung in der zweiten nordschleswigschen Zone: Von dänischer Seite wird keine noch so schmerzliche Enttäuschung über das Ergebnis vermögen, den deutlichen Gesinnungsausdruck zu ändern oder zu ermitteln. Es ist die einzige Grundlage, auf der Dänemarks Grenze geschaffen werden kann. Die Wähler haben gesprochen, es sind nicht mehr die Agitatoren, sondern die internationale Kommission, welche die Südgrenze ziehen wird.

Neueste Nachrichten.

Generalstreik in Mecklenburg.

Rostock, 16. März. (Privattelegramm des Lübecker Volksb.) In beiden Mecklenburg ist der Generalstreik ausgebrochen.

Geschmus der Kapp, Lüttwitz und Bredereck.

TU. Berlin, 16. März. (Amtlich.) General Maerker ist nunmehr in Begleitung des Herrn von Berger nach Stuttgart abgefahren, um über die genau formulierten Punkte mit der alten Regierung zu verhandeln, damit der Zweck der Aktion, mit der neuen Regierung baldige Wahlen zu erreichen, auf möglichst ruhigem Wege erzielt werde. Die Reichsregierung (das ist natürlich Unsinn und Schwindel; die Kapp und Lüttwitz sind keine Reichsregierung. Red.) steht auf dem Standpunkt, daß es ihre Pflicht ist, daß das obige Ziel möglichst für das gesamte Volk auf eine schonende und friedliche Weise erreicht werde.

Ein französischer diplomatischer Vertreter in Stuttgart.

TU. Stuttgart, 16. März. Die französische Regierung wird eine eigene diplomatische Vertretung nach Stuttgart entsenden.

Blutiger Kampf um das Telegraphenamt.

TU. Dresden, 16. März. Hier ist es gestern zu schweren Kämpfen um das Telegraphenamt gekommen. Die Einwohnerwehr, die das Telegraphenamt besetzt hielt, hatte bewaffnete Arbeitermassen eingelassen, worauf die Reichswehr vorging, das Telegraphenamt zurückzuerobern. Große Massen der Einwohner beteiligten sich an den Kämpfen. Das Gefecht dauerte bis in die späten Abendstunden. Die Reichswehr hat das Gebäude wieder genommen und hält es jetzt besetzt. Die Kämpfe haben nach einer amtlichen Feststellung, die nachts 1 Uhr getroffen wurde, 60 Tote und gegen 100 Verletzte gekostet. Man nimmt aber an, daß viele Verwundete sich der Feststellung entzogen haben.

In Leipzig und Dortmund haben ebenfalls schwere blutige Kämpfe stattgefunden, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Briefkasten.

Ein alter Abonnent. Die Umschreibungsgebühren für eine Hypothek von 5000 Mk. betragen 16—17 Mk.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

(Veröffentlicht am 16. 3. 20.)

Durch Verordnung des Militärbefehlshabers in Stettin vom 28. Februar 1920 (veröffentlicht am 5. März 1920) ist einem Vorschlage des Senates entsprechend als Vertreter des Regierungskommissars für die freie und Hansestadt Lübeck Senator Mehrlein bezeichnet worden.

Mit Bezug auf die gestrige Veröffentlichung der Verordnung des Militärbefehlshabers in Schwerin vom 14. d. M., betreffend die Ernennung des Senators Mehrlein zum Zivilkommissar wird hierdurch bekanntgegeben, daß diese Veröffentlichung ohne Zustimmung des Senates und ohne Vorwissen des Ernannten erfolgt ist. (8051

Gegeben Lübeck, in der Versammlung des Senates, am 16. März 1920.

Plessing, Dr.

Bekanntmachung
betreffend den Verkauf von Petroleum.

Die Petroleumhändler haben die entgegengenommenen Kartenabschnitte, nach Farbe und Nummer getrennt, bis spätestens zum

Sonnabend, dem 20. März 1920,

bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamts, Königstraße 69, einzureichen und dabei zu melden, wie groß noch ihr Petroleumbestand ist.

Auch die entgegengenommenen Petroleumscheine sind bis zum 20. März 1920 abzuliefern.

Lübeck, den 15. März 1920. (3017

Das Landesversorgungsamt.

Landesvorstand. Eutin, den 25. Febr. 1920.

Sämtliche **Hühnerhalter,**

die mit ihrer Eierablieferung im Sommer 1919 im Rückstande geblieben, haben die noch zu liefernden Eier — bei Vermeidung des Zuckerentzuges — bis zum 15. April ds. Js. an die Sammelstellen abzuliefern.

Die Quittungen über die erfolgten Ablieferungen der Eier sind bis zum 16. April d. J. nach hier einzusenden.

3016) **Willms.**

Die Sprechstunden
des Steuerdirektors und der Obersteuerkontrolleure

für das Publikum werden wie folgt festgesetzt:

vormittags von 9—1 und nachmittags. von 4—5 Uhr (ausgenommen Sonnabends). (3019

Lübeck, 12. März 1920.

Die Steuerbehörde.

Oeffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Pflasterausbesserungen in der Stadt und deren Vorstädten sollen in zwei Losen für das Rechnungsjahr 1920 vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen können in der Registratur der Baubehörde, Mühlendamm Nr. 10, eingesehen und von dort gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von Mk. 1,— für den Angebotsvordruck und Mk. 1,— für die Allgemeinen Bedingungen bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum

Montag, dem 22. März bis spätestens mittags 12 Uhr dorthin einzusenden.

Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Lübeck, 15. März 1920.

Das Bauamt.

3010) **Abt. Tiefbau.**

Bekanntmachung.

Die Abhaltarbeiten an den Bürgersteigen in der Stadt sollen für das Rechnungsjahr 1920 in 2 Losen vergeben werden.

Angebote sind spätestens bis

Freitag, d. 19. März 1920, mittags 12 Uhr,

an das Bauamt, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, einzureichen.

Angebotsunterlagen können im Bauamt Mühlendamm Nr. 10 gegen Erstattung der Schreibgebühren von Mk. 0,50 bezogen werden.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Lübeck, d. 12. März 1920.

Das Bauamt.

3009) **Abt. Tiefbau.**

Tischler zum Möbelaufarbeiten gesucht. (3030 Fackenburger Allee 36.

D. Zuf. 1 Sofa, 1 Vertiko, 1 Spiegelsom. m. Spiegel, Stühle, 1 Kinderbett z. verk. 3028) Wielandstr. 12 a.

Küchenschrank, Herrentisch u. Weste zu verk. (3026 Fischstraße 19 I.

Allen denen, die meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter bei ihrem Heimgange die letzte Ehre erwiesen, dem Sozialdemokratisch. Verein, der Loge F. G. T. O. unsern herzlichsten Dank. (3046

Fritz Busch und Kinder.

Moislingen.

Zu vert. e. 2-Zim.-Wohn. geg. 3-Zim.-Wohn. (3020 Näh. Segeberastr. 11, pt

---

Vertiko zu verkaufen

3021) Geverdesstr. 21, II.

Zu verkaufen ein Grammophon mit 20 Platten. 3024) Hüxstr. 79. I. rechts

---

Zu verkaufen ein neuer Anzug, Gr. 46. (303. Reiferstraße 52.

---

1 Haus in der Roitzigstraße m. 6 2-Zimmer-Wohn. zu verkaufen. (3041 Näh. Glandorpstr. 45. II.

---

2 g. Zugänger zu verk. Segeberger Straße 117 3045) Stockelsdorf.

Zu verk. 1 Paar Achsen m. Räd. f. Blockwag. f. neu. 1 Vogelb., 2 Petroleumkoch. 3034) Schützenstr. 51 a, II.

Weiße gr. Straußfeder zu verkaufen (3025 **Zobel, Moisling,** Schulgang.

Zu verk. schwarzer Damen-Tuchmantel. (3022 Glandorpstr. 9 a.

Zu verkaufen ein wachs. Hund, Grammoph., Schaftstiefel. (3042 Fleischhauerstr. 26.

Zu verkaufen eine Kinderholzbettstelle. (3043 **Fackenburg,** Moristr. 2.

Zu verk. starke Brombeer- und Himbeersträucher. 3044) Wegelaustr. 8, p.

Zu kauf. ges. eine Kiege F. Faasch, Stockelsdorf, 3011) Lohstr. 32.

Gef. ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuh. (3025 Vorwerk. Dorfstr. 5.

Der

Weg zur Wahrheit.

Führervertrauen und Führerhaß im Kriege

von einem Frontoffizier.

Preis 1 Mk.

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Bettnässen!

Befreiung sofort.

Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.

Willberger & Co.,

3006) **Stuttgart A 299.**

Mittagsladenschluß.

Vom Verbandsausschuß ist beschlossen worden, daß von

Montag, den 16. März 1920 ab

sämtliche den uns angeschlossenen Vereinen angehörige Kleinhandelsgeschäfte mit Ausnahme der Zigarrengeschäfte mittags

von 1 bis 3 Uhr geschlossen

zu halten sind. Dieser Beschluß ist satzungsgemäß für sämtliche Mitglieder bindend. (3007

Verband Lübeckischer Kleinhandels-Vereine.

Zu einer

gemeinsamen Versammlung

am Donnerstag, d. 18. März, abds. 7½ Uhr,

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstraße,

werden die Mitglieder der unterzeichneten Vereine eingeladen, mit der Bitte, vollzählig zu erscheinen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt **Brehmer, Stellungnahme zur Heimstättenfrage.**
2. Aussprache über den Vortrag.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände
des Bundes Deutscher Bodenreformer,
Ortsgruppe Lübeck,
der gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft G. m. b. H.,
der Arbeitsbaugenossenschaft Lübeck, e. G. m. b. H.,
des Mieterschutzvereins, e. V. (3047

Verband der Buchbinder u. Papierverarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck.

Ausserordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 16. März, abds. 7½ Uhr,

im Lokale von Fr. Lender, Handestr. 41.

Tagesordnung:

Bericht über die Tarifverhandlungen mit der Innung der Buchdruckereibesitzer.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Kolleginnen ist notwendig. (3040) **Der Vorstand.**

Fledermaus

Fünfhausen 17/19. **Fernsprecher 842.**

Ganz Lübeck spricht von 3031

Jainczikks

grandiosen Kunstradaktionen und Tänzen auf künstlicher Eisbahn.

Außerdem 7 Weltattraktionen!

2 Orchester: Leitung **Simon de Weille.**

Täglich 4-Uhr-Tee.

Auftreten der Künstler. Weille-Konzert.

Konzerthaus Flora.

Mittwoch, den 17. März 1920:

Groß. humor. Ball mit Kappenfest

3037) Kassenöffnung 6½. Anfang 7 Uhr.

Kolosseum.

Jeden Mittwoch:

Großer Ball.

Anfang 6 Uhr. (3005) **Heinr. Ohde.**

Zum Abschluß von Versicherungen gegen

Aufruhr und Plünderung

sowie von sämtlichen anderen Versicherungen empfehlen sich (3013

Wolfgang Gaedertz & Co.
W. Gaedertz.

Königstraße No. 39. Fernruf 957 und 958.

Wir haben uns zur gemeinsamen Ausübung der Rechtsanwaltschaft und des Notariats verbunden.

Unsere Geschäftsräume befinden sich Breite Straße Nr. 42. Fernspr. 553.

Dr. Landau. Dr. Roeper.

Rechtsanwälte und Notare. 3012

Zentral-Theater

Vornehmste Lichtbildbühne. **Ueber 500 Sitzplätze.** **Johannisstr. 25.**

Das gewaltige Sittendrama **Frauen, die der Abgrund verschlingt**

Die Tragödie einer Unwissenden in 5 Abteilungen.

4 Akte **Die Tochter des Defraudanten** 4 Akte

mit **Magda Madeleine.** **Ein tiefergreifendes Filmspiel.**

Nicht doch — Männe.

Badelustspiel in 3 Akten von William Karfiol.

Vorzügliche Musikbegleitung. (3049

Stadthallen-lichtspiele

Mühlenbrücke 13, Fernsprech 6/49

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Nur noch 3 Tage:

Spitzen.

5 Akte nach dem Roman von **Karl Lindau.**

Die Jüdin.

Drama in 5 Akten.

3035

Das rosa Trikot

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle **Henry Bender** und **Victor Jansen.**

Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Gr. Süddeutsches Trachtenfest

am Mittwoch, 17. März

in den festlich dekorierten Räumen des

Konzerthaus Lübeck, Fackenburger Allee 40/42

veranstaltet vom **Verein der Süddeutschen und Oesterreicher.**

Zwei Musikkapellen :: Tiroler Enzianbude

Schuhplattlertanz

nach den Klängen einer bayrischen Ländlerkapelle.

Saalöffnung 6 Uhr. **Anfang 6½ Uhr.**

Eintritt per Person: im Vorverkauf Mk. 3.— an der Abendkasse Mk. 4.—

Vorverkaufsstellen sind durch Plakate erkenntlich. 3008

Kammer-Lichtspiele

KÖNIGSTRASSE 25

Schönstes Lichtspieltheater der Hansastadt

Nur bis Donnerstag:

Georg Alexander, Ernst Stahl-Nachbaur, Ria Jende

in

Nixchen

nach der Novelle von

Hans von Rathenberg.

Die Prinzessin von Urbino.

Großer Abenteurerfilm in 5 Akten mit

Hans Albers.

Vorstellungen 4 und 7 Uhr.

Eigener bestausgestatteter Erfrischungsraum.

Sehenswerte Innenausstattung. 3038

K. L.

Sparklub Gemütlichkeit.

Am Freitag, 19. März 3050

Grosser

Masken-Ball

im Konzerthaus Friedrichshof

Herren Mk. 3.50, Damen Mk. 2.00

Kassenöffnung 6½ Uhr.

Anfang 7 Uhr.

Friedrichshof.

Jeden Mittwoch: Kassenöffnung 6½ Uhr. (3004

Gr. Tanzkränzchen

Infolge dauernder Warenknappheit halten die Mitglieder der unterzeichneten Vereinigungen (3014

ihre Geschäfte mittags v. 1—3 Uhr geschlossen.

Verein der Auto-, Fahrrad- und Nähmaschinen-Händler für Lübeck und Umgebung.

Achtung! Brautleute! 1 mod. guterhaltene Plüschgarnitur, best. aus 1 Sofa, 4 Sesseln, 1 Tisch u. 1 neue lackierte Küchen-Einrichtung preiswert zu verk. (3029 Wielandstraße 12 a. pt.

Wer arbeitet Sonntag zwei Seegrasmatratzen auf? (3048 Moislinger Allee 156.

Deutscher

Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck. (3039

Versammlung

der in der Schlepp-Schiffahrt beschäftigten Schiffsführer und Schutenleute

am Mittwoch, 17. März abends 7½ Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Lohntarif.

Die Ortsverwaltung.

Touristen-Verein Die Naturfreunde

Versammlung

am Mittwoch, d. 17. März, abends 7½ Uhr, **im Gewerkschaftshause.**

Vortrag von Herrn Lehrer **Hagen:**

„Liebesleben in der Vogelwelt."

Gäste willkommen.

3033 **Der Vorstand.**

Hansa-Theater

3015

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

Der Graf von Monte Christo.

Großes Sensationsstück.

Stadttheater Lübeck

(3018

Dienstag, den 16. März:
25. Vorst. im Dienst.-Abonn.
Anfang 7 Uhr.

Falstaff.

Lyrische Komödie in 3 Akten von G. Verdi.

Mittwoch, den 17. März:
24. Vorst. i. Mittw.-Abonn.

Coriolanus.

Donnerstag, den 18. März:
Schauspielgemeinde.
Gelbe Karten.

Alkestis.

Freitag, den 19. März:
25. Vorst. im Freitag-Abonn.
4. Veranstaltung im Zyklus:
Die Entwicklung der komischen Oper.

Figaros Hochzeit